

Grußwort

Carmen Teixeira

Referatsleiterin

Landeszentrale für politische Bildung im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

anlässlich

der Qualifizierungsreihe

„Starke Jugend: Gemeinsam für Demokratie – Gegen religiösen Extremismus!“

11. September 2021, 9:30 Uhr

Aachen, Nadelfabrik

(Redezeit: ca. 7 Minuten)

Sehr geehrte Frau Ziesen (Integrationsbeauftragte der Stadt Aachen),

sehr geehrter Herr Weinspach (Polizeipräsident Aachen),

sehr geehrter Herr Stein, sehr geehrter Herr Jäckel (Kontaktbeamter muslimischer Institutionen Polizeipräsidium Aachen),

sehr geehrter Herr Attafi (Wegweiser Aachen),

meine sehr verehrten Damen und Herren,

Einstieg

Lassen Sie mich mit einer Positivnachricht beginnen:

Laut einer aktuellen Allensbach-Umfrage im Auftrag der FAZ halten 81% der muslimischen Bürger und Bürgerinnen in Deutschland die Demokratie für die beste Staatsform – in der Gesamtbevölkerung sind es nur 70%.

Auch mit dem Funktionieren des politischen Systems sind sie überdurchschnittlich zufrieden. Während bei der Gesamtbevölkerung nur 26% zufrieden sind, sind es unter den Muslimen und Musliminnen mit deutscher Staatsbürgerschaft 53%.

Lediglich bei der Wahlbeteiligung sind deutsche Muslime mit 40% im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mit 65% unterrepräsentiert.

Bereits 2015 kam eine Sonderauswertung des Religionsmonitors der Bertelsmann-Stiftung zum Ergebnis, dass fast 90% die Demokratie für eine gute Regierungsform und dass sich Muslime und Musliminnen eng mit unserem Staat und unserer Gesellschaft verbunden fühlen.

Dennoch sorgen Themen rund um „den Islam“ wie kaum andere Themen für hitzige Debatten, wenn es beispielsweise

- um einen geplanten Moscheebau vor Ort,
- Schweinefleisch in Kindertagesstätten oder
- muslimischen Religionsunterricht geht.

Diskussionen in den sozialen Netzwerken kochen schnell hoch, oft verbunden mit einer Vielzahl von Hasskommentaren und offenem Rassismus gegen Muslime und Musliminnen.

Es mischen sich Debatten um den „Islam“ mit solchen um den gewaltbereiten politischen „Islamismus“.

Unterscheidungen finden unzureichend statt!

Selbst in Fachdebatten melden sich Stimmen, die nicht ausreichend zwischen Islam und religiös begründetem Extremismus unterscheiden.

Sachlichkeit wird teilweise von islamfeindlichen Aussagen überlagert.

Ganzheitliche Präventionsstrategie

Sachlichkeit benötigen wir, wenn über den Islam debattiert wird.

Sachlichkeit benötigen wir insbesondere auch dann, wenn es darum geht, islamische Gemeinden für die Präventionsarbeit zu gewinnen.

Für mich stellt sich nicht die Frage, ob Moscheegemeinden Orte der Präventionsarbeit sein sollten oder nicht.

Auch wenn das teilweise in Wissenschaft und Praxis kontrovers diskutiert wird.

Sachlichkeit heißt in diesem Kontext für mich, mit Moscheegemeinden zusammenzuarbeiten,

- die vor Ort engagierte Arbeit leisten,
- die auf dem Boden unserer Verfassung stehen und
- die Brücken schlagen zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft.

Moscheegemeinden,

- die aufhetzen und sich gegen unsere Verfassung stellen,
- die Gelder aus dem Ausland bekommen, die nicht nachvollziehbar sind,
- in denen demokratiefeindliche Predigten gehalten werden,

können und dürfen dagegen nicht unsere Partner sein.

Muslimisches Leben in Deutschland

Muslimisches Leben in Deutschland ist von einer enormen Vielfalt gekennzeichnet. Auch Nordrhein-Westfalen profitiert von dieser kulturellen und religiösen Vielfalt.

So leben in Nordrhein-Westfalen Schätzungen zufolge ca. 1,5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens (Studie „Muslimisches Leben in NRW, 2010; ca. 33%, Religionsmonitor 2015).

Sie bilden etwa 5% an der Gesamtbevölkerung und stellen die drittgrößte Glaubensgemeinschaft dar (Religionsmonitor 2015).

Viele von ihnen leben seit mehr als 55 Jahren bei uns und praktizieren friedlich ihren Glauben.

Die gelebte Vielfalt muslimischen Lebens zeigt sich auch an der Anzahl der verschiedenen muslimischen Organisationen und Moscheegemeinden.

Mittlerweile existieren 2.700 Moscheen in Deutschland, die zum großen Teil in einem der vier Dachverbände organisiert sind.

Viele von ihnen wurden bereits in den 1960er und 1970er Jahren von den sogenannten “Gastarbeitern” gegründet.

Hinzu kommen verbandsunabhängige muslimische Vereine und Organisationen.

Sie alle sind Orte religiöser und kultureller Orientierung für muslimische Mädchen und Jungen.

Die engagierten Menschen in diesen Moscheen sind Vorbilder für das Leben in unserer Demokratie.

Sie sind diejenigen, die die friedlichen und humanitären Werte des Islam vermitteln und die vorleben, dass muslimische Glaubensüberzeugungen – in der Regel - im Einklang mit demokratischen Werten stehen.

Moscheen sind viel mehr als Orte zum Gebet.

Sie sind Orte des Austausches und der Begegnung.

Und sie sind Orte der Bildung, die durch ihre Angebote wie Hausaufgabenhilfe, Mütter- oder Väterkreise sowohl Jugendliche als auch Erwachsene erreichen.

Es darf jedoch nicht unter den Teppich gekehrt werden, dass es alleine in Nordrhein-Westfalen ca. 118 Moscheen gibt (von insgesamt 850 Moscheevereinen), die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, weil sie in unterschiedlichen extremistisch-salafistischen Kontexten in Erscheinung getreten sind.

Dennoch steht fest, dass die Rekrutierung für den religiös begründeten Extremismus überwiegend außerhalb von Moscheen stattfindet, über persönliche Kontakte oder über das Internet.

Wir wissen, dass insbesondere zugewanderte Jugendliche,

- die sich ausgegrenzt fühlen,
- die vielfältige Kränkungen erlebt haben,
- die Feindlichkeit aufgrund ihrer Religion ertragen müssen,
- denen der Zugang zur konsumorientierten Gesellschaft fehlt,

besonders gefährdet sind.

Ihnen wird eine heile Welt versprochen, in der sie gewertschätzt werden und in der sie bedeutsam sind.

Wir müssen daher alles dafür tun, allen Jugendlichen das Gefühl zu geben, bedeutsamer Teil unserer Gesellschaft zu sein.

Wir müssen junge Menschen stärken, um sie vor „Heilsversprechern“ zu schützen.

Hierbei muss der Staat Hand in Hand mit der Zivilgesellschaft arbeiten.

Teil der Zivilgesellschaft sind muslimische Organisationen. Daher ist es unerlässlich, Musliminnen und Muslime in die Präventionsarbeit einzubinden.

Denn sie sind diejenigen, die wissen, was muslimische Jugendliche benötigen.

Sie sind diejenigen, die dazu beitragen können, dass unsere Präventionsarbeit unserer Migrationsgesellschaft gerecht wird.

Zur Reihe

Die Qualifizierungsreihe „Starke Jugend: Gemeinsam für Demokratie - Gegen Extremismus!“ ist ein Beitrag dazu, Moscheegemeinden in die Arbeit einzubinden.

Sie möchte Hintergründe zur Radikalisierung vermitteln.

Sie möchte Wege aus der Radikalisierung aufzeigen und sie möchte pädagogische Hilfestellungen im Umgang mit Betroffenen präsentieren.

Bedeutsame Akteure in der Präventionsarbeit sind u.a. vor Ort das Beratungsangebot „Wegweiser“ sowie die Kontaktbeamten für muslimische Institutionen der Polizei.

Vor Ihnen liegen vier spannende Seminartage, an denen Sie ein abwechslungsreiches Programm von Vorträgen, Diskussionen und Gruppenarbeiten erwartet.

Angebote des Landes und der Landeszentrale

Die Landesregierung tut alles dafür, dass Diskriminierung und Extremismus in unserer Gesellschaft keinen Platz haben und allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf freie Entfaltung garantiert wird.

Unterstützung erhalten Betroffene beispielsweise auf dem Informationsportal „Gegen gewaltbereiten Salafismus“ der Landeszentrale. Dort können Sie sich zum einen über Hintergründe zur Salafismusprävention und zum anderen über die vielfältigen Hilfsangebote der Landesregierung informieren.

Seit Mitte 2019 sucht die Landesregierung zusätzlich zum Austausch mit den Verbänden das Gespräch mit kleineren, verbandsunabhängigen und zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen von Muslimen. Vom Integrationsministerium wurde dazu die Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“ ins Leben gerufen.

Ziel der Koordinierungsstelle ist es, muslimisches Engagement in Nordrhein-Westfalen anzuerkennen, sichtbar zu machen und zu fördern sowie innermuslimischen Debatten einen Raum zu geben.

Weitere Angebote des Landes werden Ihnen am letzten Qualifizierungstag präsentiert.

Rechtsextremismus und Islamismus

Ein offener Diskurs ist eine ratsame Herangehensweise, die wir insbesondere mit Blick auf das Thema Extremismusprävention pflegen sollten. Dabei gilt es auch Probleme anzusprechen, wenn etwa traditioneller Islamismus zunehmend in die Zivilgesellschaft drängt und sich als unproblematische Alternative zu extremistischen Salafismus verkaufen will.

Auch die Gefahr eines islamistischen Anschlags ist längst nicht vom Tisch. In Nordrhein-Westfalen gibt es weiterhin rund 3.200 extremistische Salafisten, knapp 773 davon gelten als gewaltbereit

(30.10.2020 – 201 Gefährder, 180 Relevante Personen im Themenfeld Islamistischer Terrorismus).

Die 2020 im September, Oktober und November verübten islamistisch motivierten Anschlägen in Frankreich und Österreich, aber

auch der Messerangriff in Dresden zeigen die enormen Gefahren, die vom Islamismus ausgehen.

Die Sicherheitslage in Deutschland ist geprägt von einer anhaltend hohen abstrakten Gefährdung durch islamistischen Terrorismus.

Lassen Sie mich nach dem Anschlag von Halle und zunehmender rechter Gewalt aber noch folgendes klarstellen: Auch die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist ein Beitrag zur Islamismusprävention.

Jede Verfassungsfeindlichkeit ist gleichsam abzulehnen, jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung ist inakzeptabel.

Laut Religionsmonitor 2015 steht einer offenen Haltung vieler Muslime und Musliminnen in Deutschland eine zunehmend ablehnende Haltung der Mehrheit der Bevölkerung entgegen.

Viele Muslime leiden unter einem negativen Image, das vermutlich durch die kleine Minderheit der radikalen Islamisten (weniger als 1% der Muslime) geprägt ist.

Extremismus jeglicher Couleur, politisch oder religiös begründet, müssen wir entschieden entgegentreten.

Nichts darf unter dem Teppich gekehrt werden, was unsere Demokratie gefährdet:

- Sei es, wenn Rechtsextremisten eingewanderte Menschen einschüchtern und bedrohen.
- Sei es, wenn Frauen wegen ihres Kopftuches angegriffen werden.
- Sei es, wenn antisemitistische Äußerungen auf Schulhöfen geduldet werden.

Unsere Demokratie braucht alle Menschen, die an ihrem Erhalt interessiert sind, und dazu gehören natürlich auch Sie.

Für die Zusammenarbeit möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen und allen Beteiligten bedanken.

Ganz besonders möchte ich mich bei Herrn Stein (Kontaktbeamter muslimische Institutionen) und Herrn Attafi bedanken, ohne Ihr Engagement und das Ihrer Kollegen hätte die Reihe so nicht stattfinden können; und bei der Stadt Aachen dafür, dass wir heute in ihren Räumlichkeiten tagen dürfen.

Vielen Dank!